

Gelingende Integration und wirtschaftliche Chancen – grüne Perspektiven

Deutschland diskutiert über Flüchtlinge. Kaum ein Thema hat in den vergangenen Jahren so viele Menschen derart bewegt, wie der gegenwärtige Zuzug von flüchtenden Menschen. Ihre Integration findet schon jetzt vielfach statt: Viele Menschen haben in den vergangenen Monaten die Integration der Flüchtlinge in die eigenen Hände genommen. Sie diskutieren nicht nur über Flüchtlinge, sie lernen mit ihnen Deutsch, helfen bei der Wohnungssuche oder der Freizeitgestaltung auf Spielplätzen und in Sportvereinen.

Gleichzeitig sind Flüchtlinge einem rechtsradikalen Mob ausgesetzt, dem wir unseren Entwurf für eine offene Gesellschaft entgegensetzen müssen.

Integration bedeutet für uns Grüne:

1. Nur wer einen sicheren Aufenthaltsstatus und eine Bleibeperspektive hat, findet die nötige Sicherheit, um sich bei uns niederzulassen und sich ins politische und soziale Leben einzubringen. Prekäre Aufenthaltsrechte behindern Integration.
2. Integration ist für uns Grüne auch eine Haltungsfrage: Wir erkennen und begegnen daher Flüchtlingen von Beginn an als die Staatsbürger von morgen.
3. Und schließlich: Wir wissen, wie wichtig zivilgesellschaftliches Engagement für den Integrationserfolg ist. Wo andere ihren Fokus allein auf staatliche Förder- und Zwangsmaßnahmen setzen, fordern wir verlässliche Förderstrukturen für die bürgerschaftliche Flüchtlingshilfe.

Die Bundesregierung lässt Flüchtlinge, BürgerInnen, Kommunen und Länder jedoch in vielerlei Hinsicht im Stich. Sie setzt Maßnahmen durch, die zur Desintegration beitragen und unseren Zusammenhalt gefährden. Statt geordnetem Regieren herrscht Chaos und Wirrwarr.

- Anstatt endlich ein Integrationsgesetz vorzulegen, dilettiert die Bundesregierung ohne ein stringentes integrationspolitisches Konzept.
- Die Asylverfahren werden durch bürokratische Vorschriften verlängert statt verkürzt, die Integrationskurse werden für Asylsuchende nur sehr eingeschränkt geöffnet.
- Zudem beschränkt die Große Koalition den Familiennachzug Stück für Stück. Dabei ist doch klar: Wem es verboten wird, mit seiner Familie zusammenzuleben, wird sich bei uns nicht integrieren können. Familien gehören zusammen.

Die Bundesregierung betreibt hier eine Politik der Desintegration. Wer wirklich will, dass weniger Menschen flüchten müssen, muss bei den Fluchtursachen ansetzen. Die nächsten Flüchtlinge werden Klimaflüchtlinge sein.

Machen, was zu tun ist – Das grüne Konzept für eine gelingende Integration

Wir wollen ihnen mit dem Angebot gegenüberstehen, die offene Gesellschaft auf der Grundlage des Grundgesetzes kennen zu lernen und sich einzubringen. Am Anfang steht das Recht auf Integration. Die Erfahrung zeigt, dass Integration immer dort funktioniert, wo Angebote gemacht werden und erreichbar sind. Das zeigt das Beispiel der von Rot-Grün eingeführten Integrationskurse, die schon seit 2005 das Angebot und die Pflicht zur Teilnahme umfassen.

Die Integrationskurse müssen ausgebaut und vertieft werden. Denn: Unser Recht gilt, egal ob jemand aus Damaskus oder Dresden kommt. Im Ergebnis werden die Menschen, die zu uns kommen, unsere Gesellschaft bereichern und verändern.

Wir wollen nicht Assimilation der Menschen, die zu uns kommen, sondern Vielfalt. Wir wollen den Migrantinnen und Migranten nicht mit einem Geflecht aus Zwängen und Verboten gegenüber treten, wie viele Konservative mit ihrem alten Denken.

Um die gelebte Willkommenskultur der Bevölkerung zu stärken, braucht es kommunale Integrationscenter in Landkreisen und Städten, die wohnortnah die Maßnahmen und Akteure koordinieren und vernetzen. Ein Bundesmigrations- und Integrationsministerium soll das Wirrwar und das Chaos der Bundesregierung beenden und ein wichtiges Signal setzen: Integration ist die größte Aufgabe seit der Deutschen Einheit. Uns ist es wichtig, die Willkommenskultur vor rechtsextremen Meinungen und Angriffen zu schützen. Wer Schutzsuchende und ihre Helfer angreift, greift unsere gesamte freie und offene Gesellschaft an.

Erstes Integrationsministerium

Erstmalig in Deutschland sind unter unserer GRÜNEN Ministerin Irene Alt die Zuständigkeiten für Integration, die Zuständigkeit für das Aufenthalts- bzw. Asyl- und Staatsangehörigkeitsrecht sowie die gesellschaftspolitischen Themen Familien- und Frauenpolitik in einer Hand. Dadurch sind wir nah bei den Menschen und begleiten sie von der Ankunft bis zur Integration vor Ort - ob in der Kita, bei der Arbeitssuche oder im Sprachkurs. Gerade auch in Zeiten stark steigender Flüchtlingszahlen hat sich dies bewährt. Wir zeigen in Rheinland-Pfalz, wie man pragmatisch und mit Augenmaß eine humane Flüchtlingspolitik machen kann.

Serviceorientierung der Ausländerbehörden im Fokus

Für alle ausländerrechtlichen Angelegenheiten sind die Ausländerbehörden der Kreise und kreisfreien Städte zuständig. Serviceorientierung und interkulturelle Ausrichtung der Ausländerbehörden sind wichtig, um die Menschen in den Mittelpunkt des Handelns zu stellen. Daher unterstützt das Integrationsministerium seit 2012 die rheinland-pfälzischen Ausländerbehörden bei ihren Veränderungsprozessen zur Stärkung der Willkommenskultur. Durch gezielte Organisations-, Personal- und vor allem Kooperationsentwicklung werden erfolgreich erprobte Konzepte landesweit ausgeweitet.

Die Plätze in der Erstaufnahme des Landes für Asylsuchende wurden von 750 im Jahr 2011 auf zunächst rund 2000 im Januar 2015 auf rund 15.000 im Dezember 2015 gesteigert. Über 52.000 Flüchtlinge sind 2015 in Rheinland-Pfalz angekommen.

In Trier wurde ein Ankunftscenter geschaffen, das seit Mitte Februar arbeitet. Das sorgt durch Neustrukturierung der Aufnahme und Registrierung in Kooperation mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für effizientere Bearbeitung.

Die Kommunen stehen bei der Unterbringung und Unterstützung der Flüchtlinge vor Herausforderungen. So werden in Rheinland-Pfalz die Kommunen mit Finanzmitteln und Personal-

förderung für die Ausländerbehörden unterstützt. Auch die Ehrenamtler und die Koordinierungsstelle werden aus Landesmitteln bezuschusst. Das Integrationsministerium fördert Sprachkurse in den Kitas mit 7 Millionen Euro.

Kindergerechte Versorgung, Betreuung und Unterstützung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge

Die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen wurde zum 1. November 2015 in Rheinland-Pfalz neu geregelt. In Rheinland-Pfalz werden mehrere Schwerpunktjugendämter für die Inobhutnahme zuständig sein. Beim Landesjugendamt wurde eine zentrale Stelle zur Umsetzung der bundesweiten Verteilung auf die Jugendämter im Land eingerichtet. Die Kosten der Unterbringung und Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge trägt das Land und stellt dafür im Haushalt 2016 insgesamt 37 Millionen Euro bereit.

Integration in Arbeit und Qualifizierung

Gemeinsam mit der Wirtschaft hat Rheinland-Pfalz eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt, um die Flüchtlinge möglichst schnell zu integrieren.

Gemeinsam haben Handwerks- Industrie- und Handelskammern, Bundesagentur für Arbeit und Landesregierung sich verpflichtet, jungen Flüchtlingen, die berufsvorbereitende Maßnahmen durchlaufen haben, im Anschluss eine Berufsqualifizierung anzubieten, die „Chancengarantie Rheinland-Pfalz“.

Im Rahmen des Programmes "Kompetenzen erfassen - Chancen nutzen", erfolgt die Erfassung der Bildungs- und Berufsbiografien mit einer anschließenden Vorberatung durch die BA bereits in der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende. Die Beratung durch die Jobcenter und Agenturen in den Kommunen schließt sich daran an.

Coach für betriebliche Ausbildung

Seit Mitte 2015 finanziert das Wirtschaftsministerium in Rheinland-Pfalz gemeinsam mit den Handwerkskammern und der Bundesagentur für Arbeit die Flüchtlingsnetzwerkerinnen - bisher eine Stelle in jedem der vier Handwerkskammerbezirke. Sie haben im vergangenen Jahr über 450 Flüchtlinge, die an einem Praktikum oder einem Ausbildungsplatz interessiert waren, und über 270 Unternehmen, die einem Flüchtling ein Praktikum oder eine Ausbildungsstelle anbieten wollen, betreut. Die Flüchtlingsnetzwerker konnten bereits 60 Praktikumsverhältnisse und 240 Ausbildungsplätze einwerben, 18 Ausbildungsplätze wurden besetzt. Die größte Herausforderung bei der Besetzung der Ausbildungsplätze sind die Deutschkenntnisse der Flüchtlinge. Das erfolgreiche Modell wurde zum 1. Februar 2016 auf zehn Vollzeitstellen besetzt. Die Flüchtlingsnetzwerkerinnen bzw. -netzwerker sind Beschäftigte der Handwerkskammern. Die Kosten für ihre Beschäftigung teilen sich die Kammern zu gleichen Teilen mit den Agenturen für Arbeit und dem Wirtschaftsministerium.

Auch wenn wir schon viel geleistet haben – wir müssen noch mehr tun.

Investitionen in Integration rechnen sich

Entscheidend ist es, dass wir jetzt die notwendigen Investitionen tätigen, damit Integration gelingen kann. Wirtschaftlich bietet die Zuwanderung viele Chancen: kurzfristig wirken Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge, die zusätzlichen Sprach- und Integrationskurse sowie die Maßnahmen zur Qualifizierung wie ein Konjunkturprogramm.

Wenn wir heute in Integration und berufliche Bildung investieren, werden wir mittel- und langfristig durch die Besetzung offener Stellen, die Vergrößerung des Erwerbspersonenpotentials, die Verjüngung der Gesellschaft und die Erhaltung der vorhandenen Infrastruktur höheres Wachstum, höhere Steuereinnahmen und eine Entlastung der Rentenkassen sehen!

Wir brauchen daher in Rheinland-Pfalz

- 1000 neue Lehrer, um die Inklusion – also die Aufnahme von Kindern mit Behinderungen in normale Klassen – und die Unterrichtung der Flüchtlingen sicher zu stellen. Die Kosten werden sich auf 50 Mio. Euro pro Jahr belaufen. Die neuen Lehrer sollen an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen eingesetzt werden.
- 41 Mio. zusätzliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau.

Wir brauchen bundesweit:

- Eine neue Form der Wohngemeinnützigkeit. Sie trägt dazu bei, dass neue dauerhaft günstige Wohnungen für die Menschen entstehen, die wenig Geld haben
- jährlich 2 Mrd. Euro zusätzlich für den sozialen Wohnungsbau. Jedes Jahr fallen 60.000 Sozialwohnungen aus der Sozialbindung. Diesen Trend müssen wir umdrehen! Nur so verhindern wir Konkurrenz von Flüchtlingen und sozial Benachteiligten um günstigen Wohnraum.
- jährlich 300 Millionen zusätzlich für Integrationskurse und Sprachkurse, damit das Recht auf Integration Wirklichkeit werden kann.

Insgesamt kalkulieren wir jedes Jahr mit Mehrausgaben des Bundes von mindestens vier Milliarden Euro. In den nächsten fünf Jahren bedeutet dies ein Investitionsvolumen von mindestens 20 Milliarden Euro. Das können und müssen wir uns für eine gelingende Integration leisten. Wir haben gute Steuereinnahmen. Deshalb können wir die Aufgabe bewältigen, ohne die Bürger stärker zu belasten.

55% der Asylsuchenden, die 2015 einen Antrag gestellt haben, sind jünger als 25 Jahre, während bei den Einheimischen nur ein Viertel zu dieser Altersgruppe zählt. Die Zuwanderung führt also zu einer Verjüngung der Bevölkerung. Das entlastet die Rentenkasse. Da der Staatshaushalt nur von den ökonomisch Aktiven getragen wird und die Älteren die staatlich finanzierte Infrastruktur nutzen, ohne dazu in nennenswertem Umfang durch Steuern beizutragen, wirkt die Verjüngung der Bevölkerung entlastend für den Staatshaushalt.

Eine jüngere Bevölkerung ist innovativer und gründet mehr Unternehmen als eine ältere. Viele kreative und international tätige Unternehmen haben die Bedeutung von Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen für ihre Innovationskraft erkannt. Bei der Entwicklung und Vermarktung von Produkten für ihre Heimatregionen können sie den Unternehmen einen entscheidenden Vorteil bieten.

In Rheinland-Pfalz herrscht nach Informationen der Bundesanstalt für Arbeit derzeit ein Mangel an Fachkräften der Mechatronik und der Automatisierung, der Energietechnik, der Klempnerei, der Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik, bei Kranken- und Altenpflege. Der Deutsche Hotel und Gaststättenverband berichtet uns von seinen Schwierigkeiten, Stellen in ländlichen Regionen im touristisch attraktiven Rheinland-Pfalz zu besetzen.

Wenn es gelingt, die ZuwanderInnen so zu qualifizieren, dass freie Stellen besetzt werden können, wird dies zu einer besseren Auslastung des Produktionspotentials und so zu Wohlfahrts-effekten führen.

In Rheinland-Pfalz werden die Flüchtlinge nach einem festen Schlüssel gleichmäßig auf die Kommunen verteilt - in den Regionen hoher Abwanderung gibt die Ansiedlung von Flüchtlingen wichtige ökonomische Impulse. Damit stellen wir eine gute Verteilung sicher. Durch die Zuwanderung von Flüchtlingskindern können Schulen besser ausgelastet werden und erhalten bleiben. Leerstehende Häuser werden saniert, Wohnraum kann kostengünstiger bereitgestellt werden, als durch Neubau. Durch die Herrichtung von Flüchtlingsunterkünften und die Erstellung von Einfachunterkünften entsteht neue Wertschöpfung in den Regionen.